

GiP | Ohlendieck #35 |

Betreff: Hamburg & Wandsbek für gute Integration:

Die Einigung – und der Bürgervertrag für Poppenbüttel

Datum: Samstag, 16 Jul 2016 9:00

Von: GEMEINSAM in POPPENBÜTTEL <Ohlen.Dieck@web.de>

An: Ohlen.Dieck@web.de

www.gemeinsam-in-poppenbuettel.de

Liebe Nachbarschaft, Unterstützerinnen und Unterstützer,

I. Zusammenfassung:

- Die **Einigung** zwischen den Initiatoren* der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ und den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien in der Bürgerschaft erfolgt auf Basis einer gelungenen Anstrengung für einen **Kompromiss**, für den sich beide Seiten deutlich aufeinander zubewegen mussten.
(*unseres Dachverbandes der „Initiativen für erfolgreiche Integration“ (IFI))
- **GEMEINSAM in POPPENBÜTTEL (GiP)** hat als **Mitbegründer und Mitglied der Verhandlungsdelegation** der „Initiativen für erfolgreiche Integration“ nach Auffassung aller Beteiligten einen entscheidenden Beitrag zum Durchbruch geleistet.
- Die Hamburger Bürgerschaft verpflichtet sich im Rahmen der am 13. Juli 2016 angenommenen **Bürgerschaftsdrucksache 21-5231** (Konsens mit den Initiatoren der Volksinitiative HGI „Hamburg für gute Integration“) zu einem **großen Regel- und Maßnahmenpaket zum Thema Flüchtlingsunterbringung und Integration**.
- Die **Volksinitiative** HGI „Hamburg für gute Integration“ wird infolgedessen zurückgezogen.
- Die Expressbauten der Bürgerschaftsdrucksache 21-1838 „Perspektive Wohnen“ werden im Vergleich zur ursprünglichen Planung von reinen Flüchtlingsquartieren zu **durchmischten Wohnquartieren** vom Start weg umgewandelt. Die regionalen Bürgerinitiativen hinter der Volksinitiative schließen dazu sogenannte **Bürgerverträge** mit Bürgerschaft, Senat und den Bezirken der Freien und Hansestadt Hamburg ab.
- Für Poppenbüttel bedeutet dies weiterhin den **Bau von rund 310 Wohnungen** jedoch **unter deutlich geänderten Rahmenbedingungen** sowie einer **Durchmischung nach einem Drittel- oder sogar Viertel-Mix von Anfang an**: Öffentlich-rechtliche Unterbringung (örU), geförderte Sozialwohnungen, freifinanzierte Mietwohnungen und eventuell sogar Eigentumswohnungen.
- Die Anzahl der Plätze für örU für Flüchtlinge wird abhängig von der tatsächlichen Zuwanderung auf Basis von zwei Szenarien auf **max. 650** und bei weiterhin geringer Zuwanderung **max. 500 Flüchtlinge zum Erstbezug** sowie **ab Ende 2019 dauerhaft auf max. 300 Flüchtlinge** begrenzt.



- Im Rahmen des Bürgervertrages für Poppenbüttel wurden **in 34 Punkten** ein detailliertes Regel- und Maßnahmenpaket **der diversen Bau- und Umweltthemen** sowie ein **fokussiertes Paket an Maßnahmen für das Sozialraummanagement** und **Verbesserungen der Infrastruktur** vereinbart. Diese Vereinbarung stärkt das Vertrauen in die Verlässlichkeit der bisherigen Zusagen.
- Aber auch wir haben **einige unserer Ziele** für diesen Kompromiss **aufgeben müssen** (z.B. Bebauung Landschaftsschutzgebiet, Investor = Betreiber = nur fördern & wohnen, ca. 310 statt 170 Wohneinheiten, Erstbelegung 500/650 statt maximal 300 örU-Plätze).
- Die erste **Baugenehmigung** wird unter Berücksichtigung der Vereinbarungen kurzfristig erteilt und die erste **Bauphase wird zügig beginnen**.
- **GiP** ist **seit dem 15. Juli 2016 ein eingetragener Verein** und wird die Umsetzung der Vereinbarungen weiterhin aktiv begleiten (u.a. in dem vereinbarten Quartiersbeirat).
- **Alle relevanten Dokumente** finden Sie zum Herunterladen auf unserer neuen Themenseite zum => [Bürgervertrag für Poppenbüttel](#).

II. Wir sind erleichtert!

Wir sind erleichtert, dass **wir als Mitbegründer und Mitglied der Verhandlungsdelegation des Dachverbandes der „Initiativen für erfolgreiche Integration“ (IFI)** endlich mit den handelnden Regierungsfractionen **eine Einigung** für unsere Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ und in dem direkten Zusammenhang **auch für unser Anliegen in Poppenbüttel** eine Vereinbarung in Form eines sogenannten Bürgervertrages erzielt haben.

Alle Erwartungen – die auch an uns gerichtet wurden – konnten wir jedoch nicht erreichen.

- Angetreten sind wir als Bürgerinitiative „**GEMEINSAM in POPPENBÜTTTEL**“ (**GiP**), um eine Brücke zwischen den extremen Positionen im Stadtteil zu bauen – zwischen keiner und bedingungslos maximal möglicher öffentlich-rechtlicher Unterbringung in Poppenbüttel sowie der dafür notwendigen Bebauung. Dafür muss **eine vernünftige Balance der unterschiedlichen Interessen für dauerhaft funktionierende Integration und Nachbarschaft** geschaffen werden.

Der bewusste Blick auf wissenschaftliche Erkenntnisse, persönlichen Erfahrungsaustausch und ganz praktischer Erfahrung aus kommunaler Praxis in Deutschland waren uns auch in Ausnahmesituationen wie im letzten Herbst wichtig.

Dabei nur unsere neuen Nachbarn und nicht auch die direkten Anwohner sowie den Landschaftsschutz im Blick zu haben, ging uns nicht weit genug.

- Durch die Initiierung und **unsere Beteiligung an der Volksinitiative** (ein Instrument der direkten Demokratie) im Rahmen unseres Dachverbandes IFI und durch die deutliche Zustimmung von mehr als drei- bis viertausend Unterzeichnern allein aus Poppenbüttel innerhalb einer knappen Woche – sowohl zur Volksinitiative als auch zum Bürgerbegehren – wurden wir als Vermittler in der Verhandlung von den involvierten Parteien mandatiert, eine Kompromisslösung mit den Vorsitzenden der Regierungsfractionen der Hamburger

Bürgerschaft und der Bezirksversammlung Wandsbek zu suchen.

- Hierbei wurden auch die **gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse** der bisherigen Arbeitstreffen mit Politik und Verwaltung und der Beteiligungsworkshops (Verkehrsplanung und Sozialraummanagement) unter Einbindung anderer lokaler Institutionen und Initiativen (z.B. Poppenbüttel Hilft e.V.) umfassend berücksichtigt.

Es waren über die letzten Wochen und Monate **harte und detaillierte, aber im Laufe der Zeit faire und von Respekt geprägte Verhandlungen** – sowohl zur gemeinsamen Lösung auf Ebene der Stadt Hamburg als auch mit der Bezirkspolitik in Wandsbek für unseren Standort.

- Uns beruhigt, dass trotz aller im letzten Jahr noch eiligst durchgesetzten Planungsschritte – gegen jeden Widerstand und ohne Dialogbereitschaft zu den Grundsätzen – nun auch die **Grundlagen für gute Nachbarschaften** geschaffen werden können, auch hier bei uns in Poppenbüttel.
- Dem Bekenntnis zur Unterbringungsverpflichtung von Geflüchteten in Hamburg konnten wir ein **gemeinsames Verständnis für den tatsächlichen und schwer prognostizierbaren Bedarf, die Konsequenzen daraus** und die notwendigen Voraussetzungen auch **im Interesse der alten und neuen Nachbarn** hinzufügen.
- Dass wir als GiP zusätzlich auf Stadtebene noch die diversen **Impulse für einen „Masterplan für erfolgreiche Integration in Hamburg“** und erste konkrete Maßnahmen wie die Schaffung einer „Zentralen Koordinierungsstelle Integration“ als Mitautoren und erweitertes Verhandlungsteam im Rathaus einbringen konnten, wird letztendlich auch der Zusammenarbeit der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Kräfte zum Thema Integration und damit auch dem **Zusammenwachsen hier in Poppenbüttel** zu Gute kommen.

Unser herzlicher Dank gilt zuallererst den vielen tausend Unterstützern von GiP und **etlichen ehrenamtlichen Helfern** der Volksinitiative und des Bürgerbegehren „Wandsbek für gute Integration“, die uns in den letzten 12 Monaten unterstützt haben. Aber auch für die Herausforderungen der Politik und der Verwaltung haben wir in dieser Zeit trotz aller Differenzen viel Respekt gewonnen – insbesondere für die ehrenamtliche Arbeit der Politiker, egal ob von Regierung oder Opposition. Schon immer haben wir auch unseren Respekt für die vielen ehrenamtlich Engagierten bei den Helfer-Organisationen wie Poppenbüttel Hilft e.V. zum Ausdruck gebracht – auch wenn wir nicht in allen Leitlinien Übereinstimmung finden.

Am Ende des Tages konnten wir **gemeinsam nur einen Kompromiss** finden, für den beide Seiten deutliche Zugeständnisse einbringen mussten. Daher haben beide Seiten auch nicht alle ihre Ziele erreicht. Aber wir sind uns einig, dass dies für die konkrete Situation zu dieser Zeit eine gelungene Anstrengung für eine tragfähige Lösung ist, sonst hätten wir keine Vereinbarung geschlossen.

- Wir haben damit den Weg freigemacht, gemäß der Intention der Bürgerschaftsdrucksachen 21-1838 und 21-2550 **geflüchteten Menschen mit guter Bleibeperspektive eine Perspektive im Bereich Wohnen zu geben**. Damit erfüllen auch wir in Poppenbüttel endlich einen Beitrag zur Versorgung von geflüchteten Menschen, die als Überresidenten

in der Erstaufnahme schon länger Anspruch auf eine bessere Unterkunft in Folgeunterbringung haben. Langjährige für beide Seiten unsichere Rechtsmittelverfahren werden vermieden.

- Andererseits haben wir wesentliche Forderungen wie eine **Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung auf ein auch für die Geflüchteten überschaubares Maß** sowie verbindliche Regelungen für die **Durchmischung der Besiedelung des Quartiers von Anfang** an erzielt.

Dies kommt nun zumindest auch anderen Teilen der Hamburger Bevölkerung zugute, die unter der Wohnungsknappheit und finanziellen Herausforderungen in der Stadt leiden. Hierzu soll f & w eine Kooperation mit der SAGA GWG oder anderen Baugenossenschaften prüfen und anstreben.

- Es wurde schon mehrfach kundgetan, dass Teile dieser Vereinbarung auch auf anderem Wege zustande gekommen wären, andere für uns wesentliche Aspekte aber eben auch nicht.

Wir erhalten als Bürger nun mit der detaillierten und zusammenfassenden Festschreibung im Rahmen der Bürgerschaftsdrucksache und des Bürgervertrages die **größtmögliche politische Verbindlichkeit, die zu erzielen war**. Das gibt Politik und Verwaltung in weltpolitisch unsicheren Zeiten ein Stück mehr Planungssicherheit und uns als Anwohnern **deutlich mehr Zuverlässigkeit** als nur mündliche Zusagen auf öffentlichen Informationsveranstaltungen. Denn nächstes Jahr sind Bundestagswahlen und Anfang 2020 wählt Hamburg eine neue Bürgerschaft, passend zur Erfüllung eines wesentlichen Meilensteins dieser Vereinbarung. Das bedeutet für uns: In Zeiten wie diesen hat auch solch ein politischer Vertrag ein deutlich größeres Gewicht.

III. Was haben wir konkret erreicht?

- (1) Es konnte eine deutliche Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung (örU) mit **ursprünglich 1.540* Plätzen** für Geflüchtete erreicht werden (*zeitweise hatte die Politik sogar von einer deutlich höheren Belegung gesprochen):
- (2) Durch Vereinbarung von **zwei wahrscheinlichen Szenarien** (hoch und niedrig) auf Basis der prognostizierten Zuwanderungszahlen von Flüchtlingen mit Unterbringungsbedarf wird die maximale Belegungsgröße der örU für Geflüchtete **für die Zeit bis Ende 2019** zum Zeitpunkt des Erstbezugs festgelegt. Damit tragen wir ein Stückweit zur **Versorgungssicherheit** bei (max. 650 Plätze für Geflüchtete), bekommen aber auch die **Entlastung garantiert** (max. 500 Plätze für Geflüchtete), sollten die Flüchtlingszugangszahlen unter 18 Tsd. Geflüchteten mit Unterbringungsbedarf pro Jahr in Hamburg bleiben. Das bedeutet
 - wenn im Jahresdurchschnitt monatlich weniger als 1.500 neue Geflüchtete untergebracht werden müssen, dann werden bei uns **maximal 500 Plätze in der örU** zum Erstbezug belegt,
 - kommen mehr Menschen, werden **maximal 650 Plätze in der örU** belegt.

- Zum Vergleich: In den ersten 6 Monaten dieses Jahres kamen im Durchschnitt 1.300 neue Geflüchtete mit Unterbringungsbedarf pro Monat in Hamburg an, in den letzten 3 Monaten kamen jeweils unter 400 an.

Die Notwendigkeit für eine vorübergehend höhere Belegung als 300 bis Ende 2019 ergibt sich aus dem tatsächlich Unterbringungsbedarf der nächsten 1-2 Jahre in Hamburg, weil noch nicht ausreichend Unterbringungsplätze fertig gestellt werden konnten.

- (3) So oder so findet eine **dauerhafte Reduzierung auf max. 300 Plätze** für Geflüchtete gemäß den Forderungen der Volksinitiative für unseren Standort spätestens ab Ende 2019 statt.
- (4) Die Wohngebäudeaufteilung wird **von Anfang an nach einem Viertel- bzw. Drittel-Mix** realisiert, sodass neben der deutlich reduzierten öffentlich-rechtlichen Unterbringung auch überwiegend geförderte und freifinanzierte Wohnungen sowie Wohnungen für Senioren bzw. Auszubildende und möglicherweise auch Eigentum für eine stabilisierende Durchmischung des Wohnquartiers sorgen.
- (5) Es entstehen **insgesamt rund 310 Wohnungen**. Die leicht veränderte Zahl ergibt sich durch den aktuellen Wohnungszuschnitt und die Umwandlung von einem Teil der nicht mehr gebrauchten Gemeinschaftsräume durch die entfallenden örU Anteile. Es findet keine Flächenerweiterung statt.
- (6) Hierzu wurde bereits eine sinnvolle **Zuordnung der Gebäude nach Nutzungsart und Finanzierungsmodell** vereinbart (siehe schematische Skizze im Anhang des Bürgervertrages): örU entlang des Poppenbütteler Berges angeschlossen an die Sport- und Freizeitanlagen, freifinanzierte Wohnungen entlang des Kramer-Kray-Weges und die Sozialwohnungen im Mittelpunkt des Quartiers.
- (7) Der **Innenausbau der Wohnungen** konnte im Großteil der Bebauung von komplett öffentlich-rechtlicher Unterbringung (vorwiegend Zweierzimmer, Wohngemeinschaften) **auf die zukünftige Nutzung als Mietwohnungen** u.a. für Familien umgestellt werden, was die Umwandlung nach der Reduzierung der örU auf 300 Plätze für Geflüchtete erleichtert und der Stadt und dem Steuerzahler mehrere Millionen EUR Umbaukosten erspart.
- (8) Der Wegfall aller Tiefgaragenstellplätze konnte verhindert und die **Anzahl der Stellplätze inklusive Tiefgaragen auf 250 Plätze erhöht** werden, um die umliegenden Wohnstraßen bei der zukünftigen Mietnutzung in diesem städtischen Außenbereich ausreichend zu entlasten.
- (9) Die **2 Häuser entlang des Ohlendiecks** südlich der Reihe am Poppenbütteler Berg werden zur Entlastung der direkten Anwohner des benachbarten ‚Quartiers der drei Höfe‘ **begrenzt auf 3 Geschosse plus ein aus dieser Sicht halbes Staffelgeschoss** (ursprünglich 4 plus Staffelgeschoss).

(10) Es freut uns besonders neben den diversen Bau- und Umweltthemen auch **Maßnahmen für Infrastruktur und den Sozialraum** vereinbart zu haben, wenn auch diese im Rahmen dieser Vereinbarung teilweise nur zur Prüfung aufgegeben werden konnten. Hierzu zählen unter anderem:

- Zusätzliche Ansätze zur Versorgung mit **psychotherapeutischer Behandlung** für traumatisierte Geflüchtete
- Neukonzeption der **offenen Kinder- und vor allem Jugendarbeit** unter Berücksichtigung des Haus der Jugend Tegelsbarg und des Jugendclubs Lemsahl sowie die entsprechende Zuordnung finanzieller Mittel
- Ausbau von **KITA-Kapazitäten** und Ansiedlung eines **Eltern-Kind-Zentrums**
- Die Erweiterung der **Hallenkapazitäten des Heinrich-Heine-Gymnasiums** um eine Sport- und Mehrzweckveranstaltungshalle
- Lageabhängige Anpassungen im **öffentlichen Rettungswesen** insbesondere zu den Abend- und Nachtzeiten hinsichtlich der neuen Anzahl an Anwohnern (Rettungswachen Sasel und Lemsahl-Mellingstedt)

(11) Alles in allem gibt die detaillierte **Festschreibung der diversen Bau- und Umweltthemen** sowie **ein fokussiertes Paket an Maßnahmen für das Sozialraummanagement** und **Verbesserungen der Infrastruktur** in dem Bürgervertrag auf Bürgerschafts- und Senatsebene den Nachbarn aus den umgebenden Wohngebieten die Klarheit und Sicherheit in dem oben beschriebenen politischen Vertragsrahmen.

Siehe dazu die 34 konkret vereinbarten Aspekte im Detail im

=> [Bürgervertrag für Poppenbüttel](#).

Das soll deutlich mehr Vertrauen schaffen, um sich auf die zivil-gesellschaftliche Aufgabe der Integration vor Ort in einer stabilen Nachbarschaft einlassen und diese hoffentlich auch unterstützen zu können.

IV. Was haben wir nicht erreichen können? Was sehen wir kritisch?

- (1) Der Betreiber von öffentlich-rechtlicher Unterbringung **fördern & wohnen** (eine Anstalt öffentlichen Rechts) **bleibt gleichzeitig Investor und hat bislang keine Erfahrung in Quartiersentwicklung und Vermietung** am freien Wohnungsmarkt; erst durch Gesetzesänderung wird es f & w in Zukunft überhaupt ermöglicht, als Vermieter von Sozial- und freifinanzierten Wohnungen aufzutreten. An allen anderen Standorten übernimmt ein privater Investor, eine Baugenossenschaft oder die SAGA GWG diese Aufgabe mit entsprechend langjähriger Praxiserfahrung.
- (2) Die Stadt hat mehrere in der Vergangenheit **mehrfach bestätigte Schutzrechte des Flurstücks (Landschaftsschutz, Bodendenkmalschutz und teilweise Biotopschutz) aufgehoben** und baut nach dem umstrittenen §246 des BauGB im Vorweggriff eines ordentlichen Bebauungsplanverfahrens.

- (3) Eine Reduzierung der Gesamtzahl an Wohnung von über 300 zurück auf ursprünglich geplante **170 Wohnungen durch Wegfall einer Geschossfläche** in allen Gebäuden konnte nicht erreicht werden. Die Forderung vieler Anwohner war es, die Bebauung im Übergang zum verbleibenden Landschaftsschutzgebiet stärker an die 1-3-geschossige Bauhöhe und Wohnungsdichte direkt angrenzender Wohngebiete anzugleichen.
- (4) Eine **Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung von Anfang** an auf die überschaubare und integrationsförderliche Größe von unter 300 Geflüchteten konnte ebenfalls nicht erreicht werden.
- (5) Uns sehr wichtige, weitreichende **Maßnahmen zur (Re-)Qualifizierung junger, größtenteils alleinreisender Menschen für den Arbeitsmarkt**, um Perspektivlosigkeit nach dem Auslaufen der Sprachkurse zu vermeiden, konnten sowohl auf Bezirksebene als auch im Rahmen der Volksinitiative nicht konkret vereinbart werden. Auch hier war nur eine Absichtserklärung möglich.
- (6) Nur durch massiven Druck (**Volksinitiative, Bürgerbegehren, Rechtsmittelverfahren**) und durch wiederholtes Aufzeigen fehlender Umsetzung von öffentlichen Zusagen, waren Politik und Verwaltung überhaupt bereit, sich ernsthaft mit Bürgerbeteiligungsformaten und den konstruktiven Vorschlägen der Anwohner auch in Grundsatzfragen auseinander zu setzen.

V. Wie geht es weiter?

- Die Verwaltung wird nun die **Baugenehmigung** im Rahmen der Vereinbarungen des Bürgervertrages für den ersten Bauabschnitt nördlich der Durchgangsstraße auf den Weg bringen, die **Bauarbeiten werden demnächst zügig beginnen**.
- Wir werden als **GiP** die nächsten Monate und Jahre die **Einhaltung der Vereinbarungen des Bürgervertrages** im Rahmen des geplanten Quartierbeirates überwachen und mitgestalten – und Sie und die Öffentlichkeit weiter informieren. Hierfür bleiben wir als eingetragener Verein* bestehen und werden voraussichtlich **nach der Sommerpause weitere Informationen** zu einer unterstützenden einfachen Vereinsmitgliedschaft zur Verfügung stellen (* seit dem 15. Juli 2016 sind wir dafür endlich auch als Verein anerkannt. Die Gemeinnützigkeit haben wir nicht beantragt, da wir nicht beabsichtigen finanzielle Zwecke zu verfolgen).
- Sollten Sie es noch nicht getan haben, sind wir Ihnen zu guter Letzt für eine **Beteiligung an den unvermeidlichen Kosten einer solch aufwendigen Volksinitiative** dankbar. Wir haben zusammen einige tausend ehrenamtliche Stunden und auch hohe Geldbeträge eingebracht, trotzdem gibt es noch Bedarf um die Schlussrechnungen der teilweise doch notwendigen Fachexperten und Berater abzudecken. => [Weitere Informationen und die Kontodaten](#) finden Sie auf unserer Website.

- Im Zusammenhang mit den in der Bürgerschaftsdrucksache eingebrachten Regelungen zur **besseren Unterbringung von Geflüchteten und den Integrationsimpulsen** der Volksinitiative werden wir deren Entwicklungen ebenfalls im Rahmen unseres Dachverbandes der „Initiativen für erfolgreiche Integration“ (IFI) weiter begleiten und verfolgen.
- Wir haben immer erklärt, dass wir **nicht in den Wettbewerb um die bessere Integrationsarbeit einsteigen wollen und werden, sondern uns für den Stadtteil einen verstärkten Verein Poppenbüttel Hilft e.V. wünschen**. Wir wissen, dass schon heute einzelne Unterstützerinnen und Unterstützer von **GiP** sich im Sinne einer „doppelten Vereinsbürgerschaft“ engagieren oder auch beide Vereine mitgliedschaftsunabhängig unterstützen.

Darüber lohnt es sich nachzudenken!

VI. Aktuelle Pressemeldungen zur Einigung

Alle Meldungen rund um die Einigung und den Hintergrund der Volksinitiative finden Sie auf unserer Website => [Presse IFI Volksinitiative](#).

Wir atmen jetzt erst mal durch und wünschen Ihnen allen mit Ihren Familien und Freunden von Herzen einen erholsamen und erlebnisreichen Sommer.

*Mit besten Grüßen von Ihrem GiP Vereinsteam vertreten durch
Simone Presto, Jan Steinmeyer und Udo Steinwandel*

Diese Informationen dienen ausschließlich persönlichen und privaten Zwecken. Sie wurden und werden im privaten Austausch gelesen und unterstützt von über **3.000** Anwohnern aus den Straßen Ihrer Nachbarschaft der umgebenden Wohngebiete in Poppenbüttel.

Die Autoren sind eine Gruppe von Anwohner aus Poppenbüttel und vertreten keine politischen Interessen. Sie übernehmen keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen in diesem Dokument, auch wenn diese nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse einer transparenten Information recherchiert und zusammengestellt wurden.

Entsprechend der Transparenz wurden überall, wo vorhanden, Quellenhinweise hinterlegt.

Haftungsansprüche gegen die Autoren, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Im Falle einer Weiterverwendung oder Veröffentlichung dieser Information ist der jeweilige Autor dafür verantwortlich, die Quellenangaben zu überprüfen und seine eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies gilt auch für die angeführten Internet-Links: Mit Urteil vom 12. Mai 1998 - 312 O 85/98 - "Haftung für Links" hat das Landgericht (LG) Hamburg entschieden, dass man durch das Setzen eines Links, die Inhalte der gelinkten Seite ggf. mit zu verantworten hat. Dies kann - so das LG - nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanzieren. Hiermit distanzieren wir uns ausdrücklich von dem Inhalt der verlinkten Seiten sowie davon weiterleitenden Links.